D-2neu Keine Zustimmung zu Abkommen wie TTIP, CETA, TiSA!

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND RLP
Tagesordnungspunkt: 5. Verschiedenes

Die TTIP-Leaks zum aktuellen Stand der Verhandlungen des geplanten Handelsabkommens TTIP (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft) haben gezeigt, dass unsere Kritik an zahlreichen Themenfeldern berechtigt war. So droht uns mit dem Inkrafttreten TTIPs der Verlust an Demokratie, der Abbau der Verbraucher- und ArbeitnehmerIrechte, sowie massive Einschnitte bei etablierten Sozialstandards. Trotz des anhaltenden, starken und berechtigten Widerstands aus der Gesellschaft hält die Bundesregierung an dem ausgewiesenen Ziel des zügigen Abschlusses der Verhandlungen fest. Dies würde nicht nur bedeuten, dass sie die Intransparenz bei der Verhandlungsführung unterstützt, sondern auch das massive Senken diverser Standards befürwortet und vorantreibt. So geht aus dem nun veröffentlichtem Vertragsentwurf auch hervor, dass durch TTIP das Vorsorgeprinzip, welches in der EU zum Beispiel bei Chemikalien angewendet wird, dem Risikoprinzip weichen soll. Dadurch müsste vor Markteinführung der Chemikalien nicht mehr nachgewiesen werden, dass sie unschädlich sind. Stattdessen sind dann staatliche Institutionen dazu verpflichtet nachzuweisen, dass sie explizit schädlich sind, damit die Unternehmen diese wieder von dem Markt nehmen müssen. Durch das massive Absenken von tarifären und nicht-tarifären Standards durch das geplante Handelsabkommen TTIP werden damit beide Parteien schlechter gestellt. Für die Anpassung der Märkte ist kein umfassendes Abkommen notwendig. Stattdessen sind branchenspezifische Regelungen ausreichend, um überflüssige Handelsbeschränkungen abzubauen.

Durch die TTIP-Leaks ist auch neuer Schwung in die Debatte um Handelspolitik gekommen. Daher fordern wir von den GRÜNEN Rheinland-Pfalz bundesweit dafür einzutreten, Handelspolitik auf transnationaler Ebene zu führen. Durch die 240 geleakten Seiten sind Bundesregierung und EU-Kommission unter Rechtfertigungsdruck gekommen und wir müssen nun die Chance nutzen, offen darüber zu diskutieren, wie Handel gestaltet werden soll. Für uns als GRÜNE steht fest, dass nur fairer, multilateraler Handel auch freier Handel sein kann. Wir wollen eine gerechte und ökologisch nachhaltige Globalisierung. Die gibt es nur mit starken Regeln, die Umwelt, Beschäftigte und VerbraucherInnen schützen.

Aktuell steht das Handels- und Investitionsschutzabkommens der EU mit Kanada (CETA) an. Die Landesdelegiertenversammlung fordert daher den Landesvorstand, die Landtagsfraktion und die grünen Minister in der neuen Landesregierung auf, alle zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um sicherzustellen, dass das Land Rheinland-Pfalz im Bundesrat nicht CETA stimmen wird.

Seit Februar dieses Jahres liegt der endgültige Text für CETA vor. Es ist davon auszugehen – so auch die Position der Bundesregierung – dass es sich um ein gemischtes Abkommen handelt, das auch durch die Bundesrepublik Deutschland – und hier durch Bundestag und Bundesrat – ratifiziert werden muss.

Die GRÜNEN haben in der Vergangenheit vielfach deutlich gemacht, dass sie Mandat und Verlauf der Verhandlungen zu CETA abgelehnt haben. Der jetzt als Verhandlungsergebnis vorliegende Vertragstext bestätigt diese Ablehnung. So sind

insbesondere weiterhin Sondergerichte für den Investitionsschutz in dem Text enthalten, weitreichende Liberalisierungsverfahren für Dienstleistungen („Negativliste“) bedrohen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und der Abbau von „nichttarifären Handelshemmnissen“ ohne Bindung an das Vorsorgeprinzip (u.a. im Rahmen der regulatorischen Kooperation) wird zur Senkung ökologischer und sozialer Standards führen.

Unter den gegebenen Vorraussetzungen ist für uns als GRÜNE Rheinland-Pfalz klar, dass wir keinen derartigen Handelsabkommen, wie TTIP, CETA oder TiSA, im Bundesrat zustimmen werden.

Der Vorstand wird aufgefordert auf, die relevanten Bestandteile der geleakten Dokumente für die Bevölkerung verständlich auf den Internetauftritten der GRÜNEN Rheinland-Pfalz bereitzustellen. Desweiteren soll eine landesweite LAG-übergreifende Arbeitsgruppe "Welthandel" gegründet werden, in der inhaltlich und strategisch daran gearbeitet wird, wie Handelsabkommen von den GRÜNEN Rheinland-Pfalz begleitet werden. Darüber hinaus fordern wir vom Vorstand eine landesweite Kampagne in diesem Jahr zu den Handelsabkommen, in der die bereits bestehende Bündnisse und gesellschaftliche Gruppen einbezogen werden und über die Abkommen aufgeklärt und gesellschaftlicher Protest gefördert wird.

Begründung

Begründung der Dringlichkeit:
Die TTIP-Leaks fanden am 02.05.16 statt und somit nach der Antragsfrist.

Begründung:

Wir GRÜNE stellen uns bereits seit Jahren TTIP entgegen, diese Leaks sollten uns noch einmal in unserem Engagement bestärken, es weiterhin zu bekämpfen. Denn sie bieten eine Chance die Politiker der Großen Koalition insbesondere der SPD öffentlich zu stellen und zu einem Abbruch der Verhandlungen zu bewegen. Lasst uns gemeinsam ein Zeichen setzen mehr denn je gegen TTIP zu kämpfen und es endgültig zu kippen. Eine GRÜNE Handelspolitik muss sich an folgenden drei Grundsätzen orientieren: Erstens den Einklang von Wirtschaft, Umwelt und Soziales. Dafür brauchen wir Handelsregeln, die fairen Wettbewerb ebenso fördern wie eine Wirtschaftsweise, die unsere Ressourcen schont, unsere Umwelt erhält und Menschen mehr Lebensqualität bringt. Verbindliche und hohe Standards schützen Beschäftige und Verbraucher*Innen. Als einen ersten Schritt fordern wir die Reform der Welthandelsorganisation WTO. Zweitens muss Handel auch Chancen für Länder des globalen Südens bringen. Das Ziel von Handel muss sein, Armut auf der Welt abzubauen und mit fairem Handel die Basis für eine nachhaltige Entwicklung zu legen. Das bedeutet für uns beispielsweise das Vorsorgeprinzip in allen Handelsverträgen zu verankern und bereits geltende Standards durch die Angleichung nicht zu verwässern. Drittens muss Handel Menschenrechte weltweit stärken. So gilt es vor dem Beginn von Verhandlungen die sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Folgen des jeweiligen Abkommens abzuschätzen und Unternehmen müssen dazu verpflichtet werden die ILO-Arbeitsnormen, sowie internationale Umweltabkommen in ihre Liefer- und Produktionsketten einzuhalten und zu kontrollieren.